

Elisabeth Voß

Solidarische Ökonomie – Möglichkeiten und Beispiele selbstorganisierter Projekte und Unternehmen, ihre Grenzen, Widersprüche und Ambivalenzen.

Der Begriff „Solidarische Ökonomie“ ist in Deutschland seit dem internationalen Kongress „Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“ im November 2006 an der Technischen Universität Berlin gebräuchlich. Damit kann – je nach Interessenlage – ganz Unterschiedliches gemeint sein. Ich möchte hier versuchen, einen kritischen Einblick in die Bandbreite solidarischen Wirtschaftens zu geben.

1. Blick zurück: Alternativökonomie

Angesichts des relativ neuen Interesses an anderen Wirtschaftsformen sollte nicht vergessen werden, dass diese Alternativen – hier und anderswo – bereits seit Jahrzehnten diskutiert und auch praktiziert werden. In diesem Zusammenhang möchte ich an Rolf Schwendter (1939 bis 2013) erinnern, der wie kaum ein anderer den Blick auf anderes, alternatives Wirtschaften geprägt hat. Von 1975 bis 2003 hatte er den Lehrstuhl für Devianz- und Subkulturforschung am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Kassel inne. Der Professor mit dem dreifachen Dokortitel sagte von sich selbst: „Ich lehre meine Studenten abweichendes Verhalten“. Mit seinen zotteligen Haaren, seinem wilden Bart und seiner achtlosen Art, sich zu kleiden, verkörperte er im wahrsten Sinne des Wortes sein Thema. Sein Fachgebiet umfasste mit den Neuen Sozialen Bewegungen und Selbsthilfegruppen auch die ökonomische Selbsthilfe (vgl. Schwendter 1986). So war er ein wesentlicher Impulsgeber in der 1970 aus kirchlichen StudentInnengemeinden entstandenen Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK), die sich in der Arbeit mit gesellschaftlichen Randgruppen engagierte, ebenso wie im 1978 unter dem Dach der AK SPAK gegründeten Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ). Das Jahr 1978 kann als Meilenstein in der Geschichte alternativen Wirtschaftens betrachtet werden. Es begann mit dem legendären Tunix-Kongress, auf dem Tausende Menschen über Alternativen zum Bestehenden diskutierten, denn: „Uns langt's jetzt hier! ... Uns stinkt schon lange der Mief aus den Amtsstuben, den Reaktoren und Fabriken, von den Stadtautobahnen. Die Maulkörbe schmecken uns nicht mehr und auch nicht mehr die plastikverschnürte Wurst. Das Bier ist uns zu schal und auch die spießige Moral. Wir woll'n nicht mehr immer dieselbe Arbeit tun, immer die gleichen Gesichter zieh'n. Sie haben uns genug kommandiert, die Gedanken kontrolliert, die Ideen, die Wohnung, die Pässe, die Fresse poliert. Wir lassen uns nicht mehr einmachen und kleinmachen und gleichmachen. - Wir hauen alle ab - zum Strand von Tunix.“ (zit. nach Sontheimer 2008). Im Sommer des gleichen Jahres entstand im Rahmen des Alternativen Umweltfestivals am Berliner Funkturm ein temporäres Ökodorf, in dem für ein paar Wochen alternative Alltagspraxis mit biologischer Vollkornernährung, regenerativen Energien und Naturheilkunde gelebt wurde. Die Tageszeitung taz, die sich damals ganz klar als politisch links positionierte, erschien auch in diesem Jahr zum ersten Mal. Ebenfalls 1978 wurde der politische Förderfonds Netzwerk Selbsthilfe gegründet, um selbstverwaltete Betriebe zu finanzieren und Arbeitsplätze zu schaffen, vor allem für diejenigen, die aufgrund ihrer politischen Betätigung keine Anstellung im Öffentlichen Dienst fanden. Damals stellte dies, insbesondere im sozialen Bereich, ein Berufsverbot dar.

1.1. Wirtschaft und Politik

Die Neuen Sozialen Bewegungen in Westdeutschland und Berlin-West waren gekennzeichnet durch eine fundamentale Kritik am Bestehenden. Die Friedensbewegung und die Anti-AKW-Bewegung konnten zu großen Demonstrationen mobilisieren. Die Frauenbewegung erkämpfte grundlegende Rechte, und die Ökologiebewegung kritisierte die umwelt- und gesundheitsschädigenden Folgen von Industrialisierung und

Massenproduktion. Aber der Fokus richtete sich nicht nur auf die Verhältnisse hierzulande, sondern ebenso auf die Befreiungsbewegungen in der sogenannten „Dritten Welt“. So startete die taz zum Beispiel 1980 eine Kampagne „Waffen für El Salvador“ zur Unterstützung der FMLN, die gegen die Militärjunta um den Diktator Duarte kämpfte. Solidaritätsbrigaden von UnterstützerInnen fuhren nach Nicaragua, um die Sandinisten, die dort 1979 gegen die Somoza-Diktatur gesiegt hatten, beim Aufbau des Landes nach dem vorhergegangenen Bürgerkrieg zu unterstützen. In der Anders-Leben-Bewegung engagierten sich diejenigen, die nicht nur kritisieren, sondern schon heute mit ihrem eigenen Leben beginnen wollten, die Gesellschaft zu verändern. Dies ging weit über den solidarischen Konsum – zum Beispiel des nicaraguanischen Kaffees „Sandino Dröhnung“ – hinaus. Den eigenen Alltag solidarisch zu organisieren konnte zum Beispiel bedeuten, in einem Hausprojekt zusammen zu leben oder in einem Kollektiv selbstbestimmt zu arbeiten. Manche verbanden beides und organisierten in einem Kommuneprojekt gemeinsames Wohnen und Arbeiten (vgl. Kollektiv KommuneBuch 1996).

1.2. Selbstermächtigung

Selbstorganisation setzt zum einen voraus, dass Menschen die Welt als veränderbar verstehen, gemäß dem Sozialforumsslogan „another world is possible“. Zum anderen ist sie Ausdruck von Selbstermächtigung. Die Handelnden gehen davon aus, dass sie selbst dazu in der Lage sind, die Welt, zu ändern – gemeinsam mit anderen, und im Rahmen ihres Einflussbereiches, der kleiner oder größer gedacht werden kann. Nach 1968 setzten Teile der sozialen Bewegungen ihre politischen Hoffnungen in die sogenannten „Randgruppen“ – Menschen mit Behinderungen oder Psychiatrieerfahrungen, Gefangene, Erwerbslose etc. Diese organisierten sich, verließen die ihnen gesellschaftlich zugesprochene Rolle von FürsorgeempfängerInnen und kämpften um ihre Rechte. Von 1979 bis 1985 erschien zum Beispiel die „Krüppelzeitung“, die Ausdruck eines erstarkenden Selbstbewusstseins von Menschen mit Behinderungen war. Das Wort „Krüppel“ hat eine ganz unterschiedliche Bedeutung, je nachdem, ob es als abwertende Zuschreibung oder als selbstbewusste Selbstbezeichnung verwendet wird. Einer der Herausgeber, der Aktivist Udo Sierck, betrieb ab 1988 gemeinsam mit Nati Radtke in Hamburg die integrativen gastronomischen Betriebe „Röpers-Hof-Cafe“ und „Lotte“. In „Budenzauber Inklusion“ beschreibt er anhand dieser 20jährigen Erfahrungen „was mit Inklusion gemeint sein könnte: ein fortwährender, nicht immer überschaubarer Rahmen, in dem Unterschiedlichkeiten bestehen bleiben, das Recht auf Anderssein aber die Rechte anderer zu berücksichtigen hat.“ (Sierck 2013, Seite 140) Stattdessen schreite jedoch – allen wohlklingenden Beteuerungen zum Trotz – die systematische Exklusion fort. Auf der Veranstaltung „Eine Gesellschaft für Alle? Inklusion zwischen Utopie und Herrschaftstechnik“ in Berlin am 21.05.2014 vertrat er die Auffassung, Unterstützung für Benachteiligte sei paternalistisch und daher abzulehnen, der einzige Weg sei die Selbsthilfe der Betroffenen.

Die Frage, ob nicht die Möglichkeiten der Selbsthilfe unterschiedlich verteilt sind, und die Fähigkeit zur Selbstorganisation auch als Privileg derjenigen betrachtet werden kann, die über die erforderlichen Voraussetzungen – zum Beispiel kommunikative und soziale Kompetenzen – verfügen, konnte an diesem Tag nicht erschöpfend diskutiert werden. In einer gesellschaftlichen Situation zunehmender Entsolidarisierung gerät Selbsthilfe ins Risiko, romantisiert oder gar für die Abwehr berechtigter Ansprüche an soziale Sicherungssysteme missbraucht zu werden. „Hilf dir doch selbst“ würde dann zum zynischen Ausdruck sozialer Kälte.

1.3. Heilslehren in der Krise

Einige der alternativen Projekte von damals sind eingegangen oder haben sich hierarchisiert und sind zu konventionellen Unternehmen geworden, andere bestehen nun bereits seit mehr als 30 Jahren. Nach 1989, in den Jahren der politischen Lähmung und Neuorientierung angesichts des globalen Siegeszuges des Kapitalismus, wurde es auch

ruhiger um alternative Wirtschaftsformen. Seit der Wirtschaftskrise ab 2008 hat die herrschende Wirtschaftsweise ihre Legitimation mehr und mehr verloren, und der Ruf nach Alternativen wird immer lauter.

In Krisenzeiten sehnen sich immer mehr Menschen nach einfachen Lösungen, das war schon vor 100 Jahren so. Auch damals gab es vergleichbare alternative Ansätze in der Lebensreformbewegung. Die politische Bandbreite reichte von links-sozialistisch und anarchistisch bis rechts-nationalistisch. Die bekanntesten Beispiele von Projekten dieser Zeit sind der Monte Verita (Berg der Wahrheit) am Lago Maggiore im Schweizer Tessin (heute ein Tagungshaus und Museum) und die Obstbaugenossenschaft Eden in Oranienburg (besteht noch heute als Siedlungsgenossenschaft). Beide waren geprägt von vielen mehr oder weniger politischen oder esoterischen Ideen von Befreiung, von vegetarischer Ernährung, Ausdruckstanz, FKK und anderen Elementen eines Zusammenlebens, das vor allem ganz anders sein sollte als der einengend empfundene bürgerliche Alltag. In der Zeit der Weltwirtschaftskrise zogen Wanderprediger die Menschen mit ihren Rettungsideen in ihren Bann, Populisten hatten leichtes Spiel und am Ende konnte der Nationalsozialismus die Mehrheit der Deutschen überzeugen. Diese Geschichte verpflichtet geradezu, auch heute kritisch und selbstkritisch zu bleiben gegenüber all den angeblich rettenden Ideen, die angesichts der vielfältigen Krisen medial gehypt werden. Mit einfachen Botschaften gehen heute Pegida und Montagsmahnwachen auf Menschenfang, Verschwörungstheorien sind längst nicht mehr auf den rechten Rand beschränkt. Eingängige Vorschläge zur Rettung der Welt boomen. Die Bewegung für eine andere, solidarische Ökonomie steht vor der Herausforderung, der Versuchung, ja dem Druck nach schnellen Antworten zu widerstehen und nicht neue Heilslehren zu produzieren, sondern die vielen alternativen Ansätze auch kritisch zu hinterfragen.

2. Solidarische Ökonomie

Wirtschaft wird oft gleichgesetzt mit rücksichtslosem Gewinnstreben, erscheint als Gegenteil der Hinwendung zum Anderen, weswegen sie Menschen aus dem sozialen Bereich oft als Inbegriff dessen dient, womit sie lieber nichts zu tun haben möchten. Wie kann Wirtschaft solidarisch gestaltet werden? Unter Solidarität wird gemeinhin Unterstützung auf der Basis von Gegenseitigkeit verstanden. Es handelt sich also nicht um Wohltätigkeit (charity) der einen gegenüber den anderen, die häufig nur oberflächlich selbstlos wirkt, letztlich aber eher Unterschiede zwischen Stärkeren und Schwächeren verfestigt. Wer solidarisch handelt, verbindet damit die Erwartung, im Bedarfsfall selbst auch unterstützt zu werden, nach dem Motto „eine Hand wäscht die andere“, oder begreift zum Beispiel die sozialen Kämpfe derjenigen, mit denen sie oder er sich solidarisch zeigt, als die eigenen, vielleicht ohne selbst aktiv daran mitzuwirken. Dabei ist Solidarität nicht automatisch sozial oder emanzipatorisch. Selbst die NPD proklamiert mittlerweile, so in ihrem Parteiprogramm 2010, eine solidarischen Wirtschaftsordnung. Ihr rassistisches Konzept einer „Raumorientierten Volkswirtschaft“ zielt auf „nationale Solidarität“. Es kommt also darauf an, wer sich mit wem, und gegebenenfalls auch gegen wen, solidarisch zusammen tut, und wessen Interessen dieses Wirtschaften dient.

2.1. Der Ursprung des Begriffs

Mit Solidarischer Ökonomie im engeren Sinne ist meist wirtschaftliche Selbsthilfe in kleineren oder größeren Gemeinschaften gemeint. Der Begriff stammt ursprünglich von dem chilenischen Ökonomen Luis Razeto Migliaro, der in den 1970er und 80er Jahren untersuchte, wie es Marginalisierten in Krisenzeiten gelang, ihre Familien und Gemeinschaften mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen, obwohl sie über keinerlei Voraussetzungen verfügten, die üblicherweise als unabdingbar für erfolgreiche Unternehmensgründungen galten. In der Regel hatten sie weder Geld noch betriebswirtschaftliches Wissen, jedoch identifizierte Razeto die soziale Interaktion, das Miteinander der Beteiligten als ausschlaggebend für das wirtschaftliche Gelingen dieser

Selbsthilfewirtschaft. Er bezeichnete dies als „Faktor C“, weil die entscheidenden Aspekte des Gemeinschaftlichen im Spanischen alle mit dem Buchstaben C beginnen: "Companerismo (Freundschaft), Cooperacion (Zusammenarbeit), Comunidad (Gemeinschaft), ComUnion (Einheit in der Vielfalt), Colectividad (Kollektivität), Carisma (Charisma), garniert mit der Kategorie des Compartir (Teilen)." (Eder 2003, Seite 3)

2.2. Genossenschaften

Die Bedeutung gemeinschaftlichen Handelns zeigt auch die mehr als 160jährigen Geschichte der Genossenschaftsbewegung. Oft gelten Genossenschaften als „Kinder der Not“, in denen sich Menschen – so wie es Razeto für die Solidarische Ökonomie in Chile beschrieben hat – zusammen tun, um gemeinschaftlich das zu erwirtschaften, was der Markt nicht, oder nicht in ausreichender Qualität oder zu angemessenen Konditionen, zur Verfügung stellt. Aus Not- oder Mangelsituationen entstanden genossenschaftliche Kreditinstitute, Wohnungsgenossenschaften, landwirtschaftliche Einkaufs- und Verarbeitungsgenossenschaften oder aktuell zum Beispiel etliche Energiegenossenschaften, Produktivgenossenschaften, also Unternehmen im Eigentum der Belegschaft, gibt es in Deutschland relativ wenige, in anderen Ländern sind sie verbreiteter.

Genossenschaften als demokratische Unternehmensform sind dadurch gekennzeichnet, das sie sich im Eigentum ihrer Mitglieder befinden, die damit das volle Entscheidungsrecht über ihr gemeinschaftliches Unternehmen innehaben. Die Mitglieder beteiligen sich an ihrer Genossenschaft mit einer Einlage, die nicht am Kapitalmarkt handelbar ist, und beim Ausscheiden aus der Gesellschaft wieder ausgezahlt wird; stille Reserven verbleiben in der Gemeinschaft. Im Unterschied zu Kapitalgesellschaften, in denen die Stimmrechte sich nach der finanziellen Beteiligung bemessen, gilt in Genossenschaften in aller Regel das Prinzip „Ein Mitglied, eine Stimme“ (vgl. Voß 2010). Wie diese genossenschaftliche Demokratie umgesetzt und im Alltag gelebt wird, ist jedoch sehr unterschiedlich ausgestaltet, und entspricht nicht immer den hohen Idealen (vgl. Voß 2014 a).

Genossenschaftliches Wirtschaften ist nicht an die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft als juristische Person gebunden. Der Genossenschaftsgedanke der gemeinsamen wirtschaftlichen Betätigung zur Erfüllung der Bedürfnisse der Mitglieder einer Gemeinschaft kann in unterschiedlichen Formen umgesetzt werden.

Vielen gilt Brasilien mit seinem großen Sektor der Solidarischen Ökonomie als Vorbild. Dieser umfasst Unternehmenskooperationen (v.a. von bäuerlichen Familienbetrieben), Vereine, informelle Gruppen, Produktivgenossenschaften und Finanzierungsinstitutionen. Ein Staatssekretariat für Solidarische Ökonomie – 2003 durch die Lula-Regierung gegründet – und ein Netzwerk aus Caritas, Gewerkschaften und Universitäten, unterstützt Menschen dabei, Genossenschaften zu gründen und sich damit selbstverwaltete Arbeitsplätze zu schaffen, um die Armut zu besiegen. Gleichzeitig nimmt das Landgrabbing zu und die Zerstörung des Regenwaldes im Amazonas-Gebiet – häufig gegen den erbitterten Widerstand der Einheimischen und unter Anwendung tödlicher Gewalt. An diesem Beispiel wird deutlich, wie wichtig es ist, auch die politische Funktion solcher von oben geförderten wirtschaftlichen Selbsthilfe kritisch zu hinterfragen und die Vielschichtigkeit der Interessenlagen in jedem einzelnen Fall genau zu beleuchten.

2.3. Commons

In den letzten Jahren ist der Begriff der Commons (Gemeingüter) recht bekannt geworden. Damit sind Ressourcen gemeint, die gemeinschaftlich bewirtschaftet werden auf der Basis von Regeln, die sich ihre NutzerInnen, die Commoners, selbst geben. So beschrieb es die US-amerikanische Wissenschaftlerin Elinor Ostrom (1933 bis 2012), die über viele Jahre erforschte, wie es Gemeinschaften gelingt, diese Nutzung so zu organisieren, dass die Ressourcen vor Übernutzung und Zerstörung bewahrt werden und dauerhaft für ihre Mitglieder zur Verfügung stehen. Aus ihren Forschungsergebnissen formulierte sie eine Reihe von Prinzipien für erfolgreiches Commoning, die sich sowohl in kleinen, lokalen

Gruppen (zum Beispiel Dorfgemeinschaften mit gemeinsamer Landnutzung, die klassische Allmende), als auch in großen, teils sogar internationalen Gemeinschaften (zum Beispiel Meeresanrainerstaaten) bewährt haben (vgl. Ostrom 2011). Dafür wurde ihr im Jahr 2009 der Wirtschaftsnobelpreis verliehen.

Mitunter gelten Open Source und Creative Commons als Beispiele für Gemeingüter. Im Unterschied zu herkömmlichen Urheberrechten ermöglichen Creative-Commons-Lizenzen, dass UrheberInnen selbst bestimmen, was die NutzerInnen ihrer Werke mit diesen tun dürfen: weitergeben, verändern, verkaufen etc. Am häufigsten ist wohl die Erlaubnis zur nichtkommerziellen Nutzung unter Nennung des Namens der UrheberInnen. Jedoch ist die Intention der Creative Commons selbst eine kommerzielle: „Eines unserer zentralen Anliegen ist es, Künstlern die Möglichkeit zu geben, neue Wege bei der Vermarktung ihrer Inhalte einzuschlagen. Wir haben die Lizenzbedingung 'Nicht-Kommerziell' gerade als Hilfsmittel konzipiert, um sie dabei zu unterstützen, mit Ihrem Inhalt Geld zu verdienen“, wie die gemeinnützige Organisation „Creative Commons“ betont (Creative Commons 2009).

2.4. Soziale Ökonomie

Häufig wird auch der Begriff Soziale Ökonomie verwendet. Darunter werden in der Regel Genossenschaften, Vereine, Stiftungen, Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit und ähnliche „not for profit“-Organisationen verstanden. Nach Auskunft der EU-Kommission umfasst sie *„2 million social economy enterprises in Europe, representing 10% of all businesses in the EU. More than 11 million people – about 6% of the EU's employees – work for social economy enterprises“* (European Commission, 2015). 2011 startete die Kommission eine Initiative für Soziales Unternehmertum (Social Business Initiative). Diese orientiert sich weniger auf die Organisationsform eines Unternehmens als darauf, dass das Ziel dieser Unternehmen „nicht Gewinnmaximierung, sondern das Gemeinwohl (umweltschonende, soziale oder gesellschaftliche Zielsetzungen)“ ist. Mit vielfältigen Aktionen möchte die EU „zur Schaffung eines günstigen Umfeldes für das soziale Unternehmertum und für die gesamte Sozialwirtschaft in Europa“ beitragen (Europäische Kommission 2015).

Hier scheint es eher um eine soziale Ausgestaltung der Wirtschaft zu gehen, als um grundlegende Alternativen. In der Pressemitteilung zur Social Business Initiative betonte die Kommission: „Das Konzept eines verantwortlichen Unternehmertums bedeutet ein größeres und tragfähigeres Wirtschaftswachstum.“ (Europäische Kommission 2011). Etliche soziale Unternehmen, bzw. ihre Verbände, haben sich zum Interkontinentalen Netzwerk der Sozialen Solidarischen Ökonomie (RIPESS) zusammen geschlossen. Dieses hat ein ausdrücklich politisches, antikapitalistisches Selbstverständnis. Es tritt für Wachstumskritik und die Gleichberechtigung aller Menschen auf der Erde ein, möchte Netzwerke und Organisationen der Sozialen Solidarischen Ökonomie stärken und arbeitet mit sozialen Bewegungen zusammen. So nahmen beispielsweise VertreterInnen von RIPESS am Weltsozialforum im März 2015 in Tunis teil (vgl. RIPESS 2015).

2.5. Wirtschaften für den Gebrauchswert

Soziale und Solidarische Ökonomien, Genossenschaften, Commons und andere Wirtschaftsweisen, die auf die Erfüllung von Bedürfnissen zielen, haben grundsätzlich einen anderen Charakter als das, was heute überwiegend unter Wirtschaft verstanden wird: Aus Geld mehr Geld und daraus noch mehr Geld zu machen, wie es bereits Karl Marx in seinem Hauptwerk „Das Kapital“ beschrieb. Diese anderen, alternativen Wirtschaftsweisen folgen eher dem Sozialforums-Slogan: *people before profits*. Dabei entsteht das Lebensnotwendige aus natürlichen Ressourcen, die von Menschen dank ihrer Kreativität und Arbeitsfähigkeit so bearbeitet werden, dass Nützliches daraus wird. Die dafür erforderlichen Werkzeuge und Maschinen, ebenso wie Wasser, Rohstoffe und Halbfertigprodukte, sind ebenso Ergebnisse vieler Stufen der Wertschöpfung, in denen das, was die Natur bietet, unter Einwirkung menschlicher Arbeit gefördert oder geerntet,

be- und verarbeitet wurde. Die materiellen und immateriellen Ergebnisse – die Produkte und Leistungen – werden in einem nächsten Schritt an diejenigen verteilt, die sie benötigen.

In diesem ursprünglichen Sinne ist das Motiv und der Antrieb dieses Wirtschaftens nicht die Erzielung von Gewinnen, sondern die Erfüllung von Bedürfnissen. Was zählt, ist nicht der Tauschwert, sondern der Gebrauchswert – zumindest sollte es so sein. Inwiefern dies in der Realität der Fall ist, unterscheidet sich von Fall zu Fall. Unternehmen, die am Markt agieren, unterliegen – auch wenn sie formal nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind – trotzdem der Marktkonkurrenz. So agiert zum Beispiel der Genossenschaftsverbund Mondragon im spanischen Baskenland mit seinen Industriebetrieben am Weltmarkt, und auch die lokalen genossenschaftlichen Supermärkte stehen in der Konkurrenz mit internationalen Handelskonzernen. Trotzdem wird die genossenschaftliche Solidarität gepflegt und seit einigen Jahren verstärkt an der Reaktivierung des Genossenschaftsgedankens gearbeitet. Ziel des Wirtschaftens ist seit der Gründung 1956 die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

Demgegenüber ist die wirtschaftliche Selbsthilfe, wie sie aktuell in den besonders von der Krise betroffenen Mittelmeerländern praktiziert wird, auf die unmittelbare Versorgung ausgerichtet. In Griechenland vermarkten zum Beispiel LandwirtInnen ihre Produkte direkt (Kartoffelbewegung), selbstorganisierte Kliniken versuchen die größte Not zu lindern und in besetzten Fabriken kämpfen die ArbeiterInnen um ihre Arbeitsplätze (Voß 2013). Auf mehr als 10 Jahre Erfahrungen können etliche besetzte Fabriken in Argentinien zurückblicken. Mehr als 300 dieser „Fabricas sin Patron“ mit fast 13.500 Arbeitsplätzen haben sich bis heute gehalten. Sie müssen sich am Markt behaupten, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten (vgl. Hudson 2014).

In diesen genossenschaftlichen Unternehmungen – die nicht zwangsläufig die Rechtsform einer Genossenschaft oder Kooperative haben – ist die innerbetriebliche Demokratie unterschiedlich stark ausgeprägt. Zumindest formal treffen in der Regel die Mitglieder die wesentlichen Entscheidungen und wählen die Unternehmensleitung. Dies geht deutlich weiter als gewerkschaftliche Vorstellungen von Wirtschaftsdemokratie, die in der Regel auf Mitbestimmung in einem kapitalistisch geführten Unternehmen zielt.

2.6. Mehr als Selbsthilfe

In einem weiteren Sinne kann unter Solidarischer Ökonomie verstanden werden, dass die Wirtschaft insgesamt, also volkswirtschaftlich und global, anders – nicht vorrangig auf Gewinnerzielung, sondern auf Bedürfniserfüllung ausgerichtet – eben solidarischer organisiert werden soll. Dann stellt sich nicht nur die Frage nach der innerbetrieblichen Demokratie, sondern nach der Steuerung der Wirtschaft: Wer entscheidet darüber, welche Produkte und Leistungen mit welchen Technologien und Rohstoffen hergestellt werden, in welchen Mengen und zu welchen Arbeitsbedingungen? Und wie wird das Erwirtschaftete verteilt? Am Markt setzen sich in der Regel die Stärkeren durch, aber das damit verbundene Primat der Renditeerwartung ist kein Naturgesetz. Ein breiteres Verständnis solidarischen Wirtschaftens stellt auch die Frage nach dem Sozialen – wobei sozial hier nicht im Sinne von charity zu verstehen ist, sondern im Sinne von gesellschaftlich. Das betrifft zum Beispiel den Betrieb der Infrastrukturen der Daseinsvorsorge wie Wasser und Abwasser, Energieversorgung, Verkehr, Gesundheitseinrichtungen etc. Deren Privatisierung gefährdet weltweit die Versorgungssituation, insbesondere von ärmeren Menschen. Die globalen Kämpfe um die Ressourcen reklamieren die Infrastrukturen der Versorgung mit dem Lebensnotwendigen als Gemeingüter, deren Nutzung allen Menschen zusteht. Aktuell steht zum Beispiel in Deutschland die Einführung von Infrastrukturfonds zur Diskussion, mit denen Banken und Versicherungen profitable Geldanlagen in öffentliche Güter angeboten werden sollen. Diese Renditen müssten dann von den BürgerInnen aufgebracht werden (Waßmuth und Valentukeviciute 2014). International steht das transnationale Handelsabkommen TTIP auf der Agenda, dessen

Verabschiedung Investoren umfassende Vorrechte gegenüber der Politik einräumen würde. Eine solidarische Gestaltung der betroffenen Wirtschaftsbereiche wäre dann praktisch unmöglich.

Ein breiteres – nicht nur gemeinschaftliches, sondern gesellschaftliches – Verständnis von Solidarischer Ökonomie bezieht die Bevölkerung eines Landes bzw. die ganze Menschheit ein. Angesichts von rassistischen Standortnationalismen, Klimawandel und Peak Everything drängt sich eine globale Perspektive geradezu auf.

3. Zum Beispiel Landwirtschaft

Wirtschaftliche Selbsthilfe gibt es sicher schon immer und überall auf der Welt. Dort, wo die Menschen keinen Zugang zu globalen Märkten haben, überwiegt die Subsistenzwirtschaft. Die Menschen versorgen sich und ihre Familien mit dem Lebensnotwendigen und schließen sich genossenschaftlich zusammen. Jedoch sind ihre Existenzgrundlagen in Gefahr, denn weltweit dominiert ein Entwicklungsmodell, das auf Extraktivismus und Industrialisierung basiert. So werden Indigene – insbesondere in Afrika, aber auch in Asien und Lateinamerika – von dem Land und aus den Wäldern, in denen sie seit Generationen leben, vertrieben. Dieses Landgrabbing, die Aneignung des Landes durch Konzerne, findet jedoch mittlerweile auch in Europa, und auch in Deutschland statt (vgl. Voß 2014 b). Das Land wird insbesondere zum monokulturellen Anbau von „Bio“-Energie- und Futterpflanzen verwendet. Die Kämpfe der Indigenen um ihr Land machen deutlich, wie nah soziale Kämpfe und solidarisches Wirtschaften beieinander liegen, denn die Menschen kämpfen darum, ihre traditionellen, schon aus der Not oft solidarischen Wirtschaftsweisen beibehalten zu können.

3.1. Ernährungssouveränität

Neben dem Recht auf Land gehört dazu auch das Recht auf eigenes Saatgut und die Zucht der lokalen Pflanzen und Tiere. Dieses Recht, sich selbst ernähren zu können, wird auch als Ernährungssouveränität bezeichnet – im Unterschied zur Ernährungssicherung, die lediglich bedeutet, dass Menschen ausreichend zu essen haben sollen. Der Weltagrarrat – ein Gremium, das von der Weltbank initiiert und bei den Vereinten Nationen angesiedelt war, um zu erforschen, wie die Weltbevölkerung zukünftig ernährt werden kann – legte 2008 den Weltagrarratbericht vor, in dem die Ernährungssouveränität durch kleinbäuerliche Landwirtschaft empfohlen wird. Dies entspricht dem, was Via Campesina, das weltweite Netzwerk von KleinbäuerInnen und Landlosen, ebenfalls fordert. Die Weltagrarpolitik geht jedoch nach wie vor in eine andere Richtung.

3.2. Solidarisch Landwirtschaften

Auch in Städten versuchen immer mehr Menschen, durch den Zusammenschluss mit Landwirtschaftsunternehmen ihre Ernährung in die eigene Hand zu nehmen. Unter „Community Supported Agriculture“ wird eine Landwirtschaft verstanden, in der eine größere Gemeinschaft – mitunter hundert oder mehr Personen – einen Landwirtschaftsbetrieb finanziert. In der Regel für ein Jahr übernimmt die Gruppe alle Kosten und teilt die Ernte untereinander auf. Die Produkte sind keine Waren mehr, die LandwirtInnen können sich ohne finanzielle Sorgen um den Anbau kümmern, und die Gruppe hat damit ihre eigene Versorgung organisiert. In Deutschland haben sich solche Gemeinschaften unter dem Begriff „Solidarische Landwirtschaft“ zusammen geschlossen. Ein Solidaritätsverständnis über den Kreis der eigenen Mitglieder hinaus hat zum Beispiel die Genossenschaft Cecosesola im venezolanischen Ort Barquisemeto. Das Gemüse aus den Mitgliedsunternehmen – überwiegend kleinbäuerliche Familienbetriebe, aber auch Kooperativen – wird auf Gemüsemärkten zu einem Einheitspreis pro Kilo verkauft. Dadurch ist die Arbeit im Verkauf sehr einfach. Die Märkte sind soziale Treffpunkte und versorgen etwa 50.000 Familien. Die Genossenschaft betreibt auch ein Gesundheitszentrum und ein Bestattungsinstitut, ebenfalls auch für Nichtmitglieder und zu günstigen Preisen (vgl. Cecosesola 2013).

4. Aktuelle Trends

Wirtschaftliche Alternativen blühen, und es seien hier einige nur kurz benannt, bevor ich auf besonders gehypte Ansätze ein wenig genauer eingehe. Recht bekannt ist die Gemeinwohlökonomie, wie sie Christian Felber propagiert (Felber 2011). Unternehmen arbeiten gemeinsam daran, Gemeinwohlbilanzen zu erstellen. Diese sollen abbilden, wie weit es ihnen gelingt, ihre Tätigkeit nach ökologischen, sozialen und demokratischen Zielen auszurichten. Es entsteht der Eindruck, dass dies zumindest ernster gemeint ist, als so manche Nachhaltigkeitsinitiative, die doch oft nur dem Green- oder Socialwashing dient. Aus der Kritik an nach wie vor bestehender männlicher Dominanz in der Wirtschaft erlebt auch die feministische Ökonomie eine Renaissance, zum Beispiel im Umfeld von Attac (Rudolph et al. 2013). Im März 2014 veranstaltete ein breites Bündnis von Organisationen in Berlin die Aktionskonferenz „Care Revolution“, aus der ein gleichnamiges Bündnis entstand, „das neue Modelle von Sorge-Beziehungen“ anstrebt (Care Revolution Netzwerk o. J.). Auf die Ebene der Zirkulation beschränken sich Regiogeldinitiativen, die mit eigenen Komplementärwährungen lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe fördern wollen.

4.1. Verantwortlicher Konsum

Die Versuche, mit verantwortlichem Konsum einen Beitrag zu einer solidarischen Welt zu leisten, sind vielfältig. Seit den Anfängen mit Nicaragua-Kaffee sind etliche solidarische Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Kontinenten entstanden. Manche basieren auf direkten Kontakten, wie zum Beispiel im Projekt Libera Terra, das auch in Deutschland Produkte von Genossenschaften vertreibt, die enteignete ehemalige Mafiagüter in Sizilien bewirtschaften (Voß 2014 d). Dagegen werden große Fairhandelsorganisationen oft für Intransparenz und Zusammenarbeit mit Konzernen kritisiert. Während Produkte mit Öko- und Fair-Siegeln in Supermärkten zu haben sind, kaufen Zugehörige der Lohas (Lifestyle of Health an Sustainability) eher in besonderen Läden ein, bei Manufactum („es gibt die noch, die guten Dinge“) oder in der Berliner Markthalle 9, die hochwertige regionale Produkte verkauft.

„Die Sehnsucht nach Weltrettung ist zur beinahe totalitären Hurra-Veranstaltung geworden“ schreibt die Journalistin Kathrin Hartmann in „Ende der Märchenstunde“ (Hartmann 2009, Seite 17). Sie kritisiert, dass sich gutbetuchte Mittelschichtsangehörige mit ihrem individuellen Konsumverhalten in erster Linie von der Masse abheben, ohne jedoch gemeinsam politisch aktiv zu werden. Die Sozialwissenschaftlerin Marianne Groenemeyer stellt kategorisch fest: „Konsum kann niemals nachhaltig sein – das ist unmöglich“ (Groenemeyer 2015). Angesichts des Slogans der Drogeriemarktkette dm „Hier bin ich Mensch, hier kauf ich ein“ möchte ich ihr zustimmen – wenn der Konsum beansprucht, das Menschsein auszumachen, dann muss der Konsum von Grund auf falsch sein. Aber der anonyme Konsum am freien Markt, an dem sich die Akteure nur noch entfremdet und verdinglicht entgegen treten, ist etwas anderes, als der solidarische Austausch zwischen Menschen, die einander kennen und ihre Austauschverhältnisse auf Basis ihrer sozialen Beziehungen miteinander regeln. Auch der Kauf von Soli-Olivenöl vom Becollective auf Kreta oder von Bioreinigungsmitteln der besetzten Fabrik Vio.Me in Thessaloniki wird die Welt nicht ändern, aber er kann zumindest einen kleinen Beitrag dazu leisten, die Lebensverhältnisse einiger Menschen zu verbessern und die solidarischen Beziehungen über Ländergrenzen hinweg auszubauen. Und inwieweit ist das dann überhaupt noch Konsum?

4.2. Social Business

Nicht zu verwechseln mit der Sozialen Ökonomie der Sozialen Unternehmen (Social Enterprises) wie Genossenschaften, Vereine und Stiftungen ohne Gewinnerzielungsabsicht (vgl. 2.4.) ist das Social Business, wie es von Muhammad Yunus und anderen vertreten wird. Dieses möchte gesellschaftliche Probleme mit wirtschaftlichen

Mitteln durch SozialunternehmerInnen (Social Entrepreneurs) lösen. Sie werden unterstützt von Ashoka, einer internationalen gemeinnützigen Organisation mit Industriestiftungen und Beratungsunternehmen als Partnern, deren Management in Deutschland unter anderem getragen wird von ehemaligen MitarbeiterInnen von McKinsey, Adenauer Stiftung und Bertelsmann Stiftung.

2006 bekam Yunus den Friedensnobelpreis – gemeinsam mit der Grameen Bank – für seine Mikrokredite, die Frauen in Bangladesh und Indien helfen sollten, sich als Kleinunternehmerinnen selbstständig zu machen und damit der Armut zu entrinnen.

Mittlerweile ist jedoch bekannt, dass in erster Linie die Mikrofinanzdienstleister prosperierten. Der neue Markt versprach hohe Renditen für Investitionen in arme Menschen, die Frauen landeten in Verschuldungsspiralen (vgl. Klas 2011).

Auf dem jährlichen „Vision Summit“ in Potsdam oder Berlin treffen sich

SozialunternehmerInnen mit globalen Eliten aus Stiftungen, Unternehmensberatungen und Konzernen. Dort wird auch der „Vision Award“ verliehen, ein selbstkreierter „Nobelpreis für soziale Innovationen“. 2009 ging er an Danone für das gemeinsam mit Yunus gegründete Sozialunternehmen „Grameen Danone Food“: Danone produziert in Bangladesh einen nährstoffangereicherten Yoghurt, Bauern bekommen Mikrokredite zur Anschaffung einer Kuh, deren Milch sie an Danone verkaufen, und „Grameen-Ladies“ einen Kredit für eine Kühltasche, damit sie sich als Joghurt-Verkäuferinnen selbstständig machen können. Sie tragen das wirtschaftliche Risiko, Danone entwickelt seinen Markt (vgl. Hartmann 2012: 251ff). Der Vision Summit 2015 steht unter dem Motto „The WeQ Movement“: „Die WeQ-DNA (Wir-Qualität) ist heute unter anderem in folgenden Trends sehr wirksam: Social Innovation, Social Entrepreneurship, Impact Investing, Design Thinking, Co-Laboration, Co-Creation, Co-Working-Spaces, Crowdfunding, Open Source, Open Systems, Potenzialentfaltung, Teamlernen, Carsharing, Wiki – und vielem mehr.“ (Genesis Institute o. J.) Aber wer ist in dieses „Co“ und „Wir“ eingeschlossen – und wer nicht?

4.3. Shareconomy

Sehr populär ist aktuell die Shareconomy, die suggeriert, Teilen schone die Umwelt und mache glücklich. Praktische Apps erleichtern die gemeinschaftliche Nutzung von Werkzeugen, Büchern oder Kleidung, denn geteilt wird meist digital (vgl. Voß 2014 c).

Auch VertreterInnen der trendigen „Teilen ist das neue Haben“-Bewegung möchten die Welt verbessern. Der als Sharing-Experte geltende US-amerikanische

Kulturwissenschaftler Charles Eisenstein propagiert eine Commons-basierte Wirtschaft des Teilens: „Wo es viel Car-Sharing gibt, werden weniger Autos gebraucht. Das ist auch Degrowth.“ (Eisenstein 2014) Dabei stört es ihn nicht, dass auch große Konzerne daran verdienen: „Man kann Geld machen in der Share-Economy. Google hat dadurch viel Geld verdient, aber die traditionellen Medien haben noch mehr verloren. Sie ist Teil des Degrowth“ (ebda.).

Dass sich mit Teilen Geld verdienen lässt, zeigt auch das Beispiel des Shareconomy-Unternehmens Uber, das Privatpersonen vernetzt, die mit ihrem Auto auf Spendenbasis andere mitnehmen möchten. Interessierte werden kumpelig mit „Du“ angesprochen. Jedoch ist Uber keineswegs ein Flaggschiff der Selbstorganisation, das der Profitwirtschaft den Garaus macht. Im Gegenteil organisiert sich hier eine neue Stufe der globalen Konkurrenz, finanziert unter anderem von Google und Goldman Sachs, und bedroht lokale Taxiunternehmen.

Jeremy Rifkin proklamiert eine Shareconomy, in der dank Digitalisierung keine Arbeit mehr erforderlich sei. Immer mehr Güter könnten zu Null Grenzkosten produziert und im „Internet der Dinge“ kostenlos geteilt werden. Rifkin sieht dadurch gar das Ende des Kapitalismus aufziehen (vgl. Rifkin 2014). Jedoch ignoriert er damit sowohl die nicht digitalisierbare lebensnotwendige Arbeit in der Versorgung mit dem Lebensnotwendigen, als auch die Menschen im globalen Süden, deren Lebensgrundlagen für die Produktion von Energie, Digitaltechnik und Transport – die unter anderem Grundlagen dieser

Shareconomy sind – zerstört werden.

Die Popularität der Idee des Teilens weist auf brach liegende Bedürfnisse nach Sinn jenseits materieller Statussymbole und nach Gemeinschaftlichkeit hin, die jedoch – wie alles im Kapitalismus – von der Verwertung am Markt bedroht sind.

4.4. Bruttonationalglück

Das Bruttonationalprodukt gilt zurecht als fragwürdiger Wohlstandsindikator. So sammeln sich zum Beispiel unter dem Begriff Postwachstum unterschiedliche Auffassungen und Strömungen, denen zumindest gemeinsam ist, dass sie den fast schon religiösen Glauben, nur eine wachsende Wirtschaft sei eine gute Wirtschaft, in Frage stellen. In Diskussionen um Alternativen wird oft das kleine Land Bhutan als Vorbild genannt, weil es – anstelle des Bruttonationalprodukts – schon in den 1970er Jahren das Bruttonationalglück (Gross National Happiness, GNH) zum Staatsziel erhoben hat. Dies basiert auf buddhistischen Vorstellungen von spiritueller Entwicklung, die durch ein Gleichgewicht von materiellen und immateriellen Zielstellungen gefördert werden soll. Der Glückszustand der Bevölkerung wird regelmäßig durch Befragungen erfasst. Neben dem materiellen Lebensstandard wird unter anderem auch nach Gesundheit und Wohlbefinden, Nachbarschaft und kultureller Betätigung, aber auch nach politischer Teilhabe und dem persönlichen Beitrag zum Umweltschutz gefragt (vgl. Ura et al. 2012). So weiß die Regierung auch recht genau, was die Menschen tun. Zum Erhalt der Souveränität des Landes gilt die nationale und kulturelle Identität als wesentliche Säule des Bruttonationalglücks. 1985 wurde ein Staatsangehörigkeitsgesetz erlassen, das ZuwanderInnen aus Nepal zu illegalen ImmigrantInnen erklärte und aufforderte, das Land zu verlassen (vgl. Pfaff 2012: 17-18). Das Bruttonationalglück ist seither völkisch-nationalistisch definiert. Es gilt nur für die buddhistische Mehrheitsbevölkerung, nicht für die verbliebene, überwiegend hinduistische Minderheit der Nepalis, die teils schon vor Jahrhunderten eingewandert waren. Diese werden rassistisch diskriminiert und leben in bitterer Armut (vgl. Pellegrini 2014).

4.5. Buen Vivir

Seit einigen Jahren wird verstärkt über die Idee des „Buen Vivir“ diskutiert. Der Begriff stammt aus Ecuador und Bolivien und meint keineswegs ein „gutes Leben“ im Sinne der herkömmlichen Vorstellungen von individuellem Wohlstand, sondern knüpft an indigene Lebensweisen und religiöse Vorstellungen von einem „guten Zusammenleben“ in Gemeinschaft und im Einklang mit Pachamama, der Mutter Natur, an. In beiden Ländern wurde das Buen Vivir als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen. In Ecuador hat Pachamama sogar eigene verfassungsmäßige Rechte, während in der Verfassung Boliviens neben dem Buen Vivir auch die industrielle Nutzung natürlicher Ressourcen verankert ist (vgl. Gudynas 2012). Beim Buen Vivir handelt es sich nicht um ein einheitliches Konzept, und je nach Interessenlage wird es unterschiedlich interpretiert und eingesetzt. Es beinhaltet einerseits das Risiko einer Romantisierung von indigener Armut, traditionellen Geschlechterrollen und lokalen Herrschaftsstrukturen. Andererseits dient es auch der Rechtfertigung des staatlichen Extraktivismus, weil dadurch das Buen Vivir gewährleistet werden soll (vgl. Caselitz 2014). Eine bolivianische Aktivistin klagt an: „Die Regierung ist sehr gut darin, sich einige indigene Kategorien anzueignen, so auch das der Pachamama, unserer Natur. Aber leider herrschen in Bolivien nach wie vor Kapitalismus und Neoliberalismus“ (Bautista 2012). Trotzdem weist das Buen Vivir „zentrale europäische und kapitalistische Kategorien wie Moderne, Fortschritt, Wachstum und Entwicklung zurück“ und stellt insofern ein „Denken gegen die hegemonialen Konzepte des industrialisierten Nordens“ (Gabbert 2012: 3) dar.

5. Anders Wirtschaften als Zukunftsaufgabe

Meines Erachtens liegt eine große Herausforderung darin, sich den Begriff und das Verständnis von Wirtschaft anzueignen. Wenn Wirtschaft als ein Prozess der Herstellung

von Lebensnotwendigem aus natürlichen Ressourcen mittels menschlicher Arbeit verstanden wird, dann ist vieles von dem, was heute als Wirtschaft gilt, und sowohl natürliche Ressourcen als auch arbeitende Menschen systematisch beschädigt oder zerstört, eher ein Verbrechen und nicht Wirtschaft.

Jedoch gibt es weltweit viele kleinere und größere Ansätze anderen Wirtschaftens, die zeigen, dass es auch anders geht. Solidarisches Wirtschaften im emanzipatorischen Sinne hat mit Würde und Selbstbestimmung zu tun. In privilegierten Weltregionen entschließen sich Menschen eher freiwillig, in selbstverwalteten Betrieben und Projekten zusammen zu arbeiten, um fremdbestimmten Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen zu entgehen. Je größer die Not, desto geringer die Wahlfreiheit und desto größer der Druck, sich für das Lebensnotwendige zusammen zu schließen. Gemeinsam ist den vielen Ansätzen anderen Wirtschaftens, dass es die Menschen selbst sind, die es tun. Ein wesentlicher Faktor des Gelingens dieser wirtschaftlichen Praxis ist das Miteinander der Beteiligten, ihr demokratisches Zusammenwirken und die Kultur der Kooperation, die jede Gemeinschaft für sich entwickelt.

Wenn nicht bewusst gegengesteuert wird, dann sind selbstorganisierte Projekte im Risiko, gesellschaftlich übliche Dominanzen zu reproduzieren, denn der gesellschaftlich gelernte Modus des Miteinander ist eher die Konkurrenz als die Kooperation. Zudem fehlt es in Schulen, Universitäten und Einrichtungen der beruflichen Ausbildung oft an Möglichkeiten, Selbstwirksamkeit zu erleben, so dass es am Zutrauen fehlt, etwas verändern zu können. In den Diskussionen und Auseinandersetzungen um das Thema Solidarische Ökonomie sollte die Anerkennung von Vielfalt und Unterschiedlichkeiten in der Projektlandschaft ohne vorschnelle entsolidarisierende Wertungen ebenso selbstverständlich sein wie die Bereitschaft zu Genauigkeit und Kritik. Es gibt keine einfachen Antworten oder perfekten Lösungen. Die Versuche, innerhalb des Kapitalismus alternative ökonomische Strukturen aufzubauen, werden immer widersprüchlich sein und gleichzeitig Aspekte von Anpassung an Marktzwänge und Keimformen einer anderen Wirtschaft beinhalten. Diese Alternativen sind angreifbar und gefährdet. Die Ideen und Begriffe lassen sich kommerzialisieren und für beliebige politische Zwecke einsetzen, das sollte nicht übersehen werden.

Die Frage des Wirtschaftens ist nicht allein wirtschaftlich zu lösen, sondern braucht darüber hinaus politische Gestaltung. Die dringend notwendige Abkehr vom herrschenden Entwicklungsmodell einschließlich der globalen Durchsetzung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen und eines schonenden Umgangs mit den Ressourcen kann sicher nicht allein durch solidarisches Wirtschaften erreicht werden, sondern erfordert ebenso politische Solidarität innerhalb der Weltgemeinschaft.

Literaturverzeichnis

Bautista, Beatriz im Interview mit Löffler, Bernd: Heuchlerische Pachamamisten, in: Quetzal – Politik und Kultur in Lateinamerika, Online-Magazin April 2012:

<http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/bolivien/heuchlerische-pachamamisten-19093.html> [11.04.2015]

Care Revolution Netzwerk, online o. J.: <http://care-revolution.org/grundausrichtung/>

Caselitz, Frederik: Post-Development und Buen Vivir – Alternativen zum vermeintlich neutralen Konzept „Entwicklung“, in: *ila – Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika* Nr. 347, April 2014

Cecososola: *Auf dem Weg. Gelebte Utopie einer Kooperative in Venezuela*, 4. Aufl. Berlin 2013

Creative Commons, Team Switzerland: *Fragen und Antworten*, 2009 von den Kollegen aus Deutschland übernommen, <http://www.creativecommons.ch/team/> [30.04.2015]

Eder, Hans: *Der 'Faktor C'. Kern einer anderen Wirtschaft, Gesellschaft und Zivilisation...*, in: *SoliTat* 42, Internationale Solidarität, Salzburg Oktober 2003, Seite 2-3,

<http://www.intersol.at/fileadmin/Soliatat/solitat42.pdf> [11.04.2015]

Eisenstein, Charles: Teilen kann das System verändern, in: Sharing City Berlin, taz-Beilage 30.05.2014

Europäische Kommission: Verantwortungsvollere Unternehmen können dem Wachstum in Europa einen Schub geben, Pressemitteilung 24.10.2011, http://europa.eu/rapid/press-release_IP-11-1238_de.htm?locale=en [11.04.2015]

Europäische Kommission: Soziales Unternehmertum, online letzte Aktualisierung 18.03.2015, http://ec.europa.eu/internal_market/social_business/index_de.htm [11.04.2015]

European Commission: Social economy in the EU, online last update 08.04.2015, http://ec.europa.eu/growth/smes/promoting-entrepreneurship/we-work-for/social-economy/index_en.htm [11.04.2015]

Felber, Christian: Gemeinwohlökonomie – Das Wirtschaftsmodell der Zukunft, Wien, 9. Aufl. 2011

Gabbert, Karin: Das Gute Leben ist in aller Munde, in: Gudynas 2012, Seite 1-4

Genesis Institute / Vision Summit: Was will WeQ, online o. J., <http://www.visionsummit.org/events/10-11092014/weq-projekt/weq-die-initiative.html> [11.04.2015]

Groenemeyer, Marianne: Konsum kann niemals nachhaltig sein, online in science orf.at, 23.04.2015: <http://science.orf.at/stories/1758040/> [30.04.2015]

Gudynas, Eduardo: Buen Vivir – Das Gute Leben jenseits von Entwicklung und Wachstum, Berlin 2012

Hartmann, Kathrin: Ende der Märchenstunde – Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt, München 2009

Hartmann, Kathrin: Wir müssen leider draußen bleiben – Die neue Armut in der Konsumgesellschaft, München 2012

Hudson, Juan Pablo: Wir übernehmen. Selbstverwaltete Betriebe in Argentinien. Eine militante Untersuchung, Hrsg. Arnold, Alix und Schwab, Gabriele, Wien 2014

Klas, Gerhard: Die Mikrofinanzindustrie – Die große Illusion oder das Geschäft mit der Armut, Berlin 2011

Kollektiv KommuneBuch: Das Kommune-Buch – Alltag zwischen Widerstand, Anpassung und gelebter Utopie, 2. Aufl. Göttingen 1996, <http://www.kommuja.de/schriftstuecke/kommunebuch-1996/>

Ostrom, Elinor: Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter, Hrsg. Helfrich, Silke, München 2011

Pellegrini, Lorenzo im Interview mit Langrock-Kögel, Christiane: Kein Platz im Paradies, in: enorm Magazin 05/2014, Seite

Pfaff, Tobias: Das Bruttonationalglück aus ordnungspolitischer Sicht – eine Analyse des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems von Bhutan, RatSWD Working Paper, Berlin 2011, http://www.ratswd.de/download/RatSWD_WP_2011/RatSWD_WP_182.pdf [11.04.2015]

Rifkin, Jeremy: Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft – Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus, dtsh. Ausg. Frankfurt 2014

RIPESS – Réseau Intercontinental de Promotion de l'Économie Sociale Solidaire: RIPESS at the World Social Forum, online 17.03.2015, <http://www.ripess.org/ripess-at-the-world-social-forum/?lang=en> [11.04.2015]

Sontheimer, Michael: Auf zum Strand von Tunix! in: SPON 25.01.2008, <http://www.spiegel.de/einestages/soziale-bewegungen-a-949068.html> [30.04.2015]

Schwendter, Rolf: Grundlegungen zur alternativen Ökonomie, Band 1: Die Mühen der Berge, Band 2: Die Mühen der Ebene, beide München 1986

Sierck, Udo: Budenzauber Inklusion, Neu-Ulm 2013

Ura, Karma / Alkire, Sabina / Zangmo, Tshoki / Wangdi, Karma: A Short Guide to Gross National Happiness Index, Thimphu 2012, <http://www.grossnationalhappiness.com/wp->

content/uploads/2012/04/Short-GNH-Index-edited.pdf [11.04.2015]

Voß, Elisabeth: Gemeinsam mehr erreichen – Genossenschaften als Teil einer solidarischen Wirtschaft, in Oya – anders denken.anders leben, Ausgabe 03 Juli/August 2010, http://www.oya-online.de/article/read/109-gemeinsam_mehr_erreichen.html [11.04.2015]

Voß, Elisabeth: Selbstorganisation in Griechenland in Zeiten der Krise – Aus Not und Widerstand geboren, in: CONTRASTE – Die Monatszeitung für Selbstorganisation, Nr. 340, Januar 2013, <https://de.groups.yahoo.com/neo/groups/contraste-list/conversations/messages/19376> [30.04.2015]

Voß, Elisabeth: Anders Wirtschaften mit Genossenschaften, in: Gegenblende – Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, Ausgabe 27 Mai/Juni 2014 (a), <http://www.gegenblende.de/29-2014/++co++218c578c-e585-11e3-9df1-52540066f352> [11.04.2015]

Voß, Elisabeth: Landgrabbing in Deutschland – Investoren eignen sich Ackerland an, in: Oya – anders denken.anders leben, Ausgabe 26 Mai/Juni 2014 (b), http://www.oya-online.de/article/read/1304-landgrabbing_in_deutschland.html [11.04.2015]

Voß, Elisabeth: Die schöne neue Shareconomy und ihre Schattenseiten, in: Gegenblende – Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, Ausgabe 29 September/Oktober 2014 (c), <http://www.gegenblende.de/29-2014/++co++1043ad24-39a2-11e4-a2bc-52540066f352> [11.04.2015]

Voß Elisabeth: Legal und lecker essen – Mafiafreie Produkte in Deutschland, in: CONTRASTE – Die Monatszeitung für Selbstorganisation, Nr. 363, Dezember 2014 (d)
Waßmuth, Carl und Valentukeviciute, Laura: Die neue Privatisierungsoffensive: Gabriels ÖPP-Kommission – Faktenblatt Nr. 16 Gemeingut in BürgerInnenhand, 17.10.2014, https://www.gemeingut.org/wp-content/uploads/2014/10/2014-10-17_Faktenblatt_16_Gabriels_PPP_Kommission1.pdf [30.04.2015]

Weltagrarrat: Agriculture at a Crossroads – Global Report, 2008, <http://www.unesco.de/wissenschaft/biosphaerenreservate/biologische-vielfalt/iaastd.html> [11.04.2015]

Dieser Beitrag ist ein – für dieses Buch stark überarbeiteter – Auszug aus der noch unveröffentlichten Neufassung des in Neu-Ulm 2010 von der Autorin erschienenen „Wegweiser Solidarische Ökonomie ¡Anders Wirtschaften ist möglich!“, Hrsg. NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V.

Veröffentlicht in:

[Carsten Müller, Eric Mührel, Bernd Birgmeier \(Hrsg.\): Soziale Arbeit in der Ökonomisierungsfalle? Springer VS, Wiesbaden, 2016.](https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-13060-2)
<https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-13060-2>